

## **Der Normalzustand ist das Problem, weniger die Krise**

Zunächst ohne größeren Plan hat der Attac Kokreis begonnen, Gespräche mit diversen gesellschaftlichen Organisationen zu führen, um auszuloten, wie weit man in der Einschätzung der Coronakrise und ihrer Folgen übereinstimmt. Der Kreis ist eher zufällig entstanden und einige Partner sind zögerlich dabei, ihn auszuweiten. Deshalb gibt es Debatten darum, wer noch dazukommen soll und was man erreichen müsste, um von Erfolg reden zu können. Diese Debatte dreht sich nicht zuletzt um Gewerkschaften, konkret sind Verdi und IG Metall in dem Kreis vertreten, und ihre Möglichkeiten und Beschränkungen. Und dass es solche gibt, ist offensichtlich, wir müssen uns nur daran erinnern, wie die IG Metall 2009 die Abwrackprämie für Autos wie eine eigene Erfindung feierte und wie Verdi sich auch jetzt mitten in der Krise noch weigert, eine wirkliche Bürgerversicherung mit Verbeitragung aller Einkommen und Versicherungspflicht für alle Einwohner\*innen oder die Rekommunalisierung der Krankenhäuser zu fordern.

Gewiss gibt es eine ganze Reihe andere Organisationen, sie sich ebenfalls schwer tun, die Zeichen der Zeit zu lesen. In den erwähnten Gesprächen gab es eine weit verbreitete Einschätzung, dass unsere gemeinsame Wirkungslosigkeit in der Krise 2009 wesentlich daran gelegen habe, dass wir keine eingängige Erzählung zu ihrer Erklärung hatten. Ich teile diese Einschätzung nicht, dazu später, aber wenn es denn so gewesen sein sollte, dann wäre es ja heute umso dringender, eine solche zu entwickeln.

Und wir wissen ja, dass nach jeder Krise, die von den emanzipatorischen Kräften nicht genutzt werden kann, um ihr Anliegen voranzubringen, die Reaktion umso heftiger zurückkommt. Deshalb halte ich es für das Allermindeste, dass wir uns mit allen, die dazu bereit sind, darauf verständigen, dass es nach der Krise keine Abstriche an Regeln mehr geben darf, die eigentlich sowieso zu gelten hätten. Also konkret, keine Pfennig Wiederaufbau- oder sonstige Hilfe ohne

- Tarifbindung der Betriebe
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Arbeitszeitmodelle, die andere Betreuungsmöglichkeiten ergeben
- transparente Lieferketten mit Einhaltung der Menschenrechte
- CO2-neutrale Klimabilanz oder verbindlicher Plan dahin bis zu einem definierten Zeitpunkt
- Einstellung bestimmter, zu definierender, Spekulations- und Anlagemodelle.
- Ansonsten gilt für alle Infrastruktur: Öffentliches Geld nur bei öffentlicher Entscheidungskompetenz.

Man könnte sicher mehr verlangen, aber hinter diese Mindestforderungen darf man keinen Partner entlassen, auch nicht die Gewerkschaften. Sie müssen endlich begreifen, dass sie mehr sein müssen als die Anwälte der Beschäftigten in ihrer Rolle als Beschäftigte. Die Krise zeigt deutlich, dass die Beschäftigten ja eben nicht nur das sind, sondern auch verletzlich durch viele gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Für die müssen Gewerkschaften ebenfalls Verantwortung übernehmen und ohne das können wir zwar mit ihnen reden, aber nichts anfangen.

Und noch ein Satz zur Erzählung in der Krise 2009: Ich denke, dass wir sehr wohl eine funktionierende Krisenerzählung hatten. Ich habe in den Jahren 2008-10 sicher hundert Krisenveranstaltungen gemacht, darunter für Attac eine Reihe mit etwa einem Dutzend (oft zusammen mit Jutta Sundermann) und für die il mit zwei Dutzend (auch die oft auf Podien). Ich war bei Gewerkschaften, Kirchen, Attacgruppen, Umweltgruppen, Parteien, linksradikalen Organisationen. Ich habe bei den Veranstaltungen immer Zustimmung für meine Interpretation der Krise und die Folgerungen daraus erhalten. Was nicht passierte, ist eine Mobilisierung der Leute. Die Angst vor der eigenen Courage, die Sehnsucht, dass nach der Krise alles wieder sei wie vor der Krise, war überwältigend. Das ist es, was wir diesmal verhindern müssen, das Wegducken vor der Krise und der Tatsache, dass der Normalzustand vor der Krise die eigentliche Katastrophe war, nicht

die Krise.